

**amtliche Bekanntmachung**

105 K 056/23



## AMTSGERICHT DUISBURG

### BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 21. August 2024, 13.00 Uhr,  
im Amtsgericht Duisburg, Nebenstelle, Kardinal-Galen-Str. 124, 2.  
Stockwerk, Saal C 215**

der im Grundbuch von Rheinhausen Blatt 10503 eingetragene Grundbesitz

Grundbuchbezeichnung:

69/593 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Rheinhausen Flur 6, Flurstück 564, Gebäude- und Freifläche, Friedrich-Alfred-Straße 38, Größe: 566 m<sup>2</sup>, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 2. Obergeschoss links - mit einem Kellerraum- im Aufteilungsplan vom 04.04.1995 mit Nr. 5 bezeichnet.

versteigert werden.

Es handelt sich um eine Eigentumswohnung in 47226 Duisburg - Rheinhausen (OT Hochemmerich). Wohnfläche: ca. 67,64 qm. Baujahr: 1912. Das Gemeinschaftseigentum befindet sich in einem desolaten Zustand. Die Wohnung konnte nicht von innen besichtigt werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 13.07.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 18.500,00 EUR festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Duisburg, 27.11.2023